

Rheinland-Pfalz: Zerfallen die sozialstrukturellen Bindungen an die Union?

## I. Einleitung und Fragestellung

Dem Ausgang der Landtagswahl 1996 sahen Medien, Öffentlichkeit und Politik mit besonderer Spannung entgegen. Bei der vorangegangenen Wahl im Jahre 1991 war es der rheinland-pfälzischen SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Rudolf Scharping erstmals seit der Gründung des Landes gelungen, die CDU-Regierung abzulösen.<sup>1</sup> Vor diesem Machtwechsel wurde Rheinland-Pfalz als ein Stammland der Christdemokraten betrachtet; zwischen 1947 und 1991 stellten diese den Ministerpräsidenten und immerhin 16 Jahre (von 1971 bis 1987) regierte die Union mit absoluter Mehrheit.<sup>2</sup> Diese Kontinuität wurde allgemein auf die agrarische und im Norden überwiegend katholisch geprägte Struktur des Landes zurückgeführt.<sup>3</sup> Insbesondere im Moseltal und in der Eifel habe die Unterstützung der CDU als Nachfolgepartei des Zentrums<sup>4</sup> den Charakter einer sozialen Norm behalten.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu ausführlich Billing, Werner: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 21. April 1991: Machtwechsel in Mainz nach 44 Jahren, in: Zparl 22. Jg. (1991), S. 584-601.

<sup>2</sup> Von 1955 bis 1963 verfügte die CDU über die absolute Mehrheit der *Mandate*, regierte aber in einer Koalition mit der F.D.P.

<sup>3</sup> Die Versuche, politisches Verhalten, insbesondere Wahlverhalten aus sozialen Kontexten zu erklären, gehen letztlich auf die Pionierstudien der Columbia-Schule zurück (Lazarsfeld, Paul et al.: *The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign.* 2. Auflage, New York 1949; Berelson, Bernard R. et al.: *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign.* Chicago 1954 u.a.). Einen theoretischen Rahmen für die Analyse der Milieuparteien der Weimarer Zeit entwickelt Lepsius (*Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Deutsche Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56-80).

<sup>4</sup> Zur Gründungsgeschichte der Union und zur Rolle der früheren Zentrums Politiker in Rheinland-Pfalz vgl. ausführlich Weitzel, Kurt: *Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947.* Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Mainz 1989, Seiten 19ff.

<sup>5</sup> Zur sozialstrukturellen Verankerung der CDU in Rheinland-Pfalz vgl. Billing, Werner: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 17. Mai 1987: CDU verliert alleinige

Um so erstaunlicher war der Sieg der Sozialdemokraten bei der Landtagswahl 1991. Zwar hatte die CDU bereits 1987 hohe Verluste verzeichnen müssen; diese schlugen sich jedoch nicht zugunsten der Sozialdemokraten nieder. 1991 profitierte die SPD dagegen vor allem von der Führungskrise innerhalb der Union, die ihren deutlichsten Ausdruck in der sogenannten „Tandem-Lösung“, d.h. zwei Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten<sup>6</sup>, fand, sowie von ihrem Spitzenkandidaten Scharping, der eine Öffnung seiner Partei gegenüber dem Mittelstand und vor allem den Landwirten und Winzern, der angestammten Klientel der Union also, anstrebte.<sup>7</sup>

Der Ausgang der Landtagswahl 1996 konnte angesichts dieser Entwicklung mit Spannung erwartet werden: Entweder waren die spektakulären CDU-Verluste von 1991 lediglich das Resultat der besonderen, kurzfristig wirksamen Rahmenbedingungen dieser Wahl, also des personellen und programmatischen Angebots der CDU. In diesem Fall hätte man aufgrund der sozialstrukturell vermittelten Bindungen der CDU-Anhänger an ihre Partei erwarten können, daß die politischen Verhältnisse in Rheinland-Pfalz nach einem sozial-liberalen Intermezzo gewissermaßen zur „Normalität“ zurückkehren würden. Oder der Regierungswechsel 1991 war Folge einer Abnahme der Bindung bestimmter sozialer Gruppen an die Christdemokraten, die sich seit 1987 abzeichnet und durch die personellen Debatten innerhalb der CDU lediglich verstärkt wurde. Bei dieser Interpretation hätte man den Ausgang der diesjährigen Landtagswahlen zugunsten der Sozialdemokraten viel eher erwartet.

---

Regierungsmacht - Koalition nach Bonner Muster, in: Zparl Jg. 19 1988, S. 5-26, hier S. 5f.

<sup>6</sup> Carl-Ludwig Wagner sollte demnach die erste Hälfte der Amtsperiode Ministerpräsident werden und das Amt dann an Hans Otto Wilhelm abtreten. Aus diesem Grunde wurde Wagner auch als „Ministerpräsident mit Verfallsdatum“ bezeichnet. Zur Genese der Tandem-Lösung vgl. Billing 1991: S. 586.

<sup>7</sup> Vgl. Billing 1991: 587.

Das tatsächliche Wahlergebnis war für die Anhänger beider Erklärungen gleichermaßen unbefriedigend: Einerseits ist es der Union auch (oder gerade) unter dem neuen Landesvorsitzenden Johannes Gerster nicht gelungen, ihr Ergebnis von 1991 zu verbessern. Sie stagnierte mit 38,7% der gültigen Stimmen exakt bei ihrem Wahlergebnis von 1991, dem schlechtesten seit Gründung des Landes. Andererseits vermochte es auch die SPD nicht, an ihren Erfolg bei der vorangegangenen Wahl anzuknüpfen. Sie platzierte sich denkbar knapp vor der CDU, während die schon totgesagte F.D.P. überraschend zum eigentlichen Gewinner der Wahl avancierte.<sup>8</sup>

Eine Erklärung der Wahlergebnisse könnte darin bestehen, daß die Bindung traditioneller Milieus an die Union erodiert, ohne daß es einer anderen Partei gelingt, die CDU-Klientel zu übernehmen. Wir werden deshalb zunächst die Entwicklung der Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz seit 1971 (dem Beginn der CDU-Alleinregierung) nachzeichnen, um dann zu untersuchen, ob die Verankerung der CDU in ihren traditionellen *sozialen Kontexten* abgenommen hat.

Der Analyse liegen die Wahlergebnisse der 36 rheinland-pfälzischen Stadt- und Landkreise<sup>9</sup> zugrunde. Konkret bedeutet dies, daß wir die Zusammenhänge zwischen der Struktur der 36

---

<sup>8</sup> Zum Verlauf des Wahlkampfes und zum Ausgang der Wahl vgl. ausführlich Scheuer, Angelika: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 24. März 1996: SPD-FDP-Erfolg trotz struktureller Nachteile, in: Zparl 27. Jg. (1996), S. 617-628.

<sup>9</sup> Eine Untersuchung dieser Fragestellungen auf der Grundlage einer Sekundäranalyse von Umfragedaten ist aus drei Gründen problematisch. Zum einen existiert unseres Wissens keine Trendstudie, die bis zum Anfang der siebziger Jahre zurückreicht, so daß es nötig gewesen wäre, mit einer heterogenen Datenbasis zu arbeiten, zum anderen stellt Rheinland-Pfalz mit 3,64 (Volkszählung 1970) beziehungsweise 3,63 (Volkszählung 1987) Millionen Einwohnern nur einen Anteil von rund 6% der Bevölkerung der alten Bundesrepublik, so daß sich in repräsentativen Bevölkerungsumfragen nur wenige Fälle aus diesem Bundesland finden. Darüber hinaus wird bei Bevölkerungsumfragen in aller Regel nur das Wahlverhalten bei der letzten beziehungsweise der kommenden Bundestagswahl erhoben (Sonntagsfrage, Rückerinnerungsfrage), das sich keineswegs mit dem Verhalten bei den Landtagswahlen decken muß.

Kreise<sup>10</sup> und den Ergebnissen der CDU in diesen Kreisen untersuchen, um festzustellen, welche Kontextfaktoren einen Wahlerfolg der CDU begünstigen beziehungsweise begünstigt haben. Die uns zur Verfügung stehenden Strukturdaten stammen aus den Volkszählungen von 1970 und 1987; die Stimmenanteile in den Kreisen sind den veröffentlichten amtlichen Endergebnissen entnommen.

## II. Entwicklung des Wahlverhaltens in Rheinland-Pfalz seit 1971

Betrachtet man den Anteil der CDU an den gültigen Stimmen<sup>11</sup>(vgl. Abbildung 1), so stellt man seit 1975 kontinuierliche Verluste fest, die nur durch das Wahlergebnis von 1983 unterbrochen werden. Dieser „Ausreißer“ läßt sich durch die am gleichen Tag stattfindenden Bundestagswahlen erklären. Vor dem Hintergrund der sogenannten „Wende“ auf Bundesebene gelang es der Landespartei 1983 noch einmal, ihre Bataillone zu sammeln.

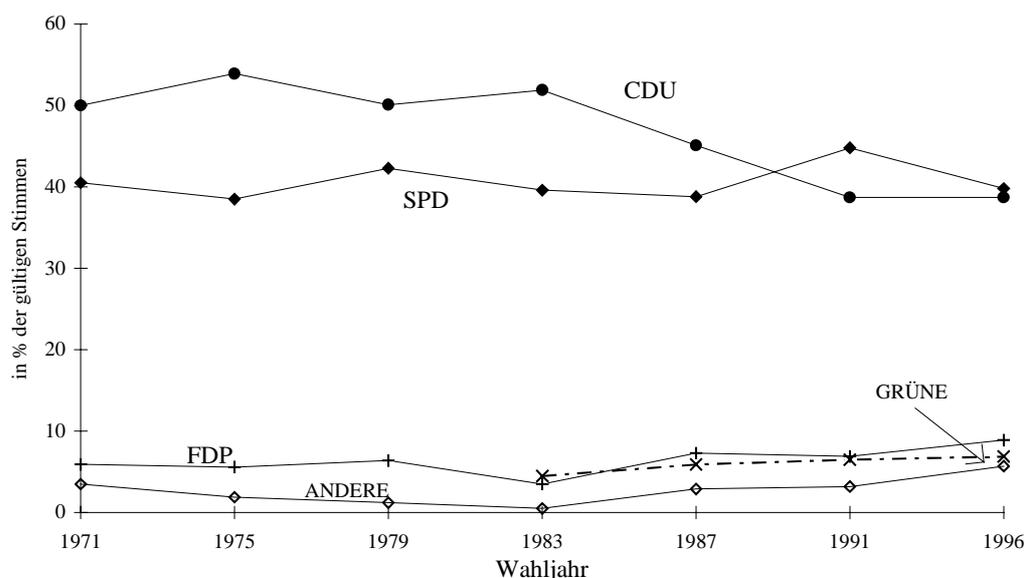
---

<sup>10</sup> Auf den ersten Blick mag es näherliegend erscheinen, die Struktur von *Wahlkreisen* mit den Erfolgen der CDU in Beziehung zu setzen. Aufgrund der diversen Änderungen des Landeswahlrechts (vgl. Unglaub, Manfred: Landtagswahlen 1947 bis 1991. Entwicklung des Wahlrechts und Wahlergebnisse, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 49. Jg. Heft 3, März 1996, S. 43-51), die mit einschneidenden Veränderungen des Zuschnitts der Wahlkreise einhergingen, ist dies jedoch nicht sinnvoll. Die Struktur der Landkreise blieb dagegen seit den großen Gebietsreformen Ende der sechziger Jahre im wesentlichen unverändert, mit der Ausnahme der Verschmelzung von Ober- und Unterwesterwaldkreis (1974) und der Auflösung des Landkreises Zweibrücken, der 1972 zum größten Teil (3 der 35 Gemeinden kamen zum Kreis Kaiserslautern) dem Kreis Pirmasens zugeschlagen wurde. Für 1971 haben wir die Resultate in diesen Kreise zusammengefaßt, um sie mit den Ergebnissen der folgenden Jahre vergleichen zu können. Änderungen der Kreiszugehörigkeit einzelner Gemeinden wurden hingegen nicht berücksichtigt. Eine detaillierte Übersicht über die verschiedenen Stufen der Gemeinde- und Verwaltungsreform bietet das Amtliche Verzeichnis der Gemeinden und Verbandsgemeinden, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz (zuletzt erschienen 1990).

<sup>11</sup> Seit 1991 hat jeder Wähler ähnlich wie bei der Bundestagswahl zwei Stimmen: eine Wahlkreisstimme für die Wahl des Direktkandidaten und eine Landesstimme, die für die Machtverteilung im Landtag maßgeblich ist. Zuvor hatte ein reines Verhältniswahlrecht mit teilweise sehr komplizierten Einzelbestimmungen („Wahlschlüssel“, Verrechnung der Reststimmen zwischen den Großwahlkreisen) bestanden (zur Entwicklung des rheinland-pfälzischen Wahlrechts vgl. Unglaub 1996: S. 43ff). In unsere Berechnungen gehen nur die Zweitstimmenanteile ein.

Wie man in Abbildung 1 erkennen kann, fand bereits 1987 ein deutlicher „Stimmeneinbruch“ der Christdemokraten statt. Zum Machtverlust führte 1991 schließlich ein erneuter Verlust der Unon bei gleichzeitigen Gewinnen der Sozialdemokraten.

**Abbildung 1: Landtagswahlergebnisse in Rheinland-Pfalz zwischen 1971 und 1996**



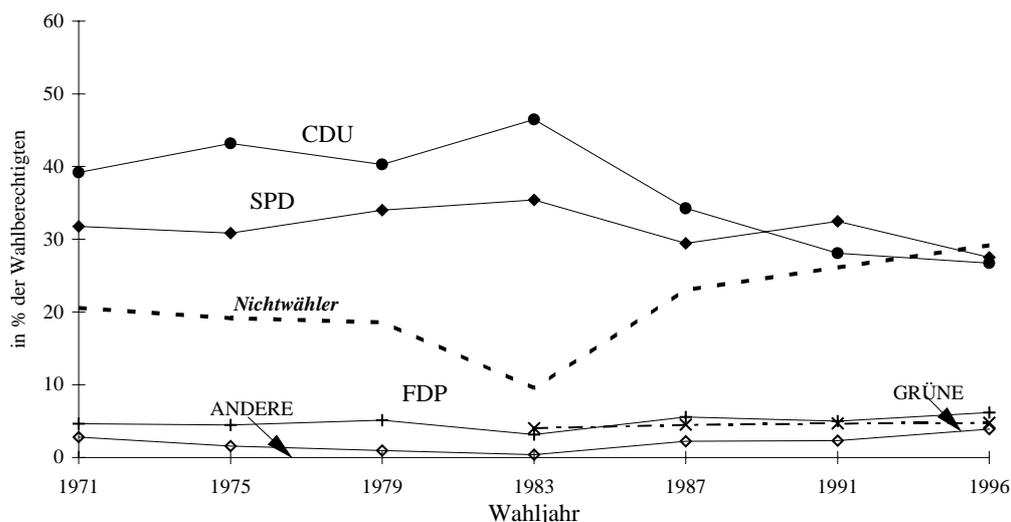
Den Sozialdemokraten wiederum gelang es nur 1991, einen deutlichen Vorsprung vor der CDU zu erzielen, während F.D.P., GRÜNE und die „sonstigen Parteien“<sup>12</sup> seit 1983 relativ geringe, aber stetige Zuwächse verzeichnen können.

Prozentuiert man wie in der bisherigen Darstellung die Stimmen der einzelnen Parteien auf Basis der *gültigen Stimmen*, so bleibt jedoch die *Wahlenthaltung* als eine wesentliche Möglichkeit des Wahlverhaltens unberücksichtigt. Gerade bei der Auflösung vormals verfestigter sozialer Milieus erscheint es plausibel, daß ein Wähler von einer Wahl zur nächsten nicht zu einer anderen Partei wechselt, sondern sich zunächst oder auf Dauer seiner Stimme enthält. Ein Abschmelzen der CDU müßte also nicht automatisch mit höheren Stimmenanteilen anderer Parteien ein-

<sup>12</sup> Immerhin 3,5% der gültigen Stimmen für die „sonstigen Parteien“ entfielen 1996 auf die Republikaner.

hergehen, sondern könnte auch ein Ansteigen des Nichtwähleranteils bewirken. In der Tat zeigt sich, wenn man wie in Abbildung 2 die Stimmenanteile der Parteien auf Basis der Wahlberechtigten prozentuiert, auf der Landesebene seit 1983 ein dramatisches Anwachsen des Nichtwählerlagers.

**Abbildung 2: Landtagswahlergebnisse in Rheinland-Pfalz zwischen 1971 und 1996, prozentuiert auf Wahlberechtigte**



Quelle: Statistisches Landesamt Bad Ems, amtliche Endergebnisse

Der Anteil der Wahlberechtigten, die der Wahl fern blieben, wuchs im betrachteten Zeitraum um knapp 10 Prozentpunkte auf 29,2% der Wahlberechtigten, d.h. die Nichtwähler bildeten 1996 erstmals die größte Gruppe unter den Wahlberechtigten. Dieser Trend wird lediglich 1983 unterbrochen, was überzeugend auf die gleichzeitig stattfindende Bundestagswahl zurückgeführt werden kann, da die Beteiligung bei Bundestagswahlen generell höher ausfällt als bei Landtagswahlen. Um den Effekt der Wahlenthaltung zu berücksichtigen, liegt deshalb allen weiteren Berechnungen eine Prozentuierung der Wahlergebnisse auf die Wahlberechtigten zugrunde.

Seit dem großen Wahlerfolg der CDU von 1983, der wiederum auf bundespolitische Faktoren zurückgeführt werden kann, lässt sich also ein *stetiger Rückgang* des CDU-Ergebnisses beobachten. Lässt

man bei der Interpretation 1983 außer acht, so kann man sogar eine stetige Abnahme seit 1975 konstatieren.

Ein differenzierteres Bild erhält man bei Betrachtung der Veränderung der CDU-Wahlergebnisse auf Kreisebene, in der sich zeigt, daß seit 1975 nicht nur das landesweite Ergebnis der CDU zurückgegangen ist, sondern auch ihre einstigen Hochburgen, von denen später noch zu sprechen sein wird, geschleift wurden: Lagen zwischen dem schlechtesten und besten Kreisergebnis der Christdemokraten 1971 noch 32 Prozentpunkte, so schmolz diese Differenz stetig bis auf 21 Prozentpunkte im Jahr 1996. Die Standardabweichung  $s$ , die im Gegensatz zur Variationsweite auf Basis aller Kreisergebnisse berechnet wird, nimmt ebenfalls von 1971 bis 1991 kontinuierlich ab. In den einzelnen Kreisen hat also eine deutliche Nivellierung der Unionsergebnisse nach unten hin stattgefunden.

**Tabelle 1: Unterschiede in den Wahlergebnissen (bezogen auf Wahlberechtigte) der CDU auf Kreisebene**

<i>Jahr</i>	<i>Mittel</i>	<i>Streuung</i>	
		<i>V</i> (%-Punkte)	<i>s</i>
1971	39,19	32	7,67
1975	43,17	32	7,74
1979	39,31	31	7,07
1983	46,46	31	7,24
1987	34,24	25	5,30
1991	28,08	24	4,49
1996	26,73	21	4,01

Mit Ausnahme von vier Kreisen (Bitburg-Prüm, Mainz/Stadt, Kaiserslautern/Stadt und Worms), in denen sich die Partei 1996 marginal verbessern konnte, hat die CDU seit 1983 *in allen Landesteilen* durchgängig an Wählerstimmen verloren. Die schwersten Einbußen verzeichnete die CDU zwischen 1983 und 1987 - wie man

in Tabelle 2 sieht - besonders in ihren vormaligen Hochburgen<sup>13</sup>.

**Tabelle 2: Stimmenverluste der CDU zwischen 1983 und 1996**

	<i>Insgesamt</i>	<i>Hochburgen</i>	<i>Andere</i>
1987-1983	-12,24	<b>-17,50</b>	-11,28
1991-1987	-6,17	-7,69	-5,90
1996-1991	-1,39	-1,69	-1,34

Fälle jeweils gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten des ersten angegebenen Jahres, Stimmenanteile prozentuiert auf Wahlberechtigte

### III. Sozialstrukturelle Determinanten des Wahlverhaltens

Auch in Zeiten einer eindeutigen Vormachtstellung der CDU gab es ausgeprägte regionale Unterschiede in verschiedenen Landesteilen. Hinter dem Ergebnis von 39,2% der Wahlberechtigten bei der Landtagswahl 1971 etwa verbirgt sich eine Differenz von 32,1 (!) Prozentpunkten zwischen den Kreisen Kusel (24,9%) und Daun (57,0%). Ein Blick auf die Karte verdeutlicht die Verhältnisse: Übertreffenden Erfolgen in den nördlichen und nordwestlichen Gebieten stehen vergleichsweise schlechte Ergebnisse in den städtischen Zentren des Rheintals und in Teilen der Pfalz gegenüber.

Dieser Befund lässt sich zunächst wie erwartet auf die Konfessionsstruktur des Landes zurückführen: Rheinland-Pfalz zerfällt auch heute noch in einen katholischen Nordwesten und einen überwiegend protestantisch geprägten Südwesten, während das Rheintal und Teile der Pfalz eine Mittelposition einnehmen. Als Nachfolgepartei des Zentrums waren die Christdemokraten immer - auch wenn es sich um eine überkonfessionelle Partei handelt - stärker in katholisch geprägten Gebieten verankert.

---

<sup>13</sup> Zu den Hochburgen zählen wir diejenigen Kreise, die 1971, 1975 und 1979 durchgängig im obersten Quartil der CDU-Ergebnisse lagen. Es handelt sich dabei um die Kreise Ahrweiler, Cochem-Zell, Daun, Bitburg-Prüm, Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg.

Karte 1: Katholikenanteile 1970	Karte 2: Katholikenanteile 1987
Karte 3: CDU-Anteile (Wahlberechtigte) 1971	Karte 4: CDU-Anteile (Wahlberechtigte) 1996

Deutlich wird dies in Tabelle 3, in der die Wahlergebnisse der CDU in Abhängigkeit vom Katholikenanteil in den jeweiligen Kreisen ausgewiesen ist. Im untersten Quartil befinden sich dabei die 25% der Kreise mit dem niedrigsten Katholikenanteil, im obersten Quartil jene 25% der Kreise mit dem höchsten Katholikenanteil<sup>14</sup>. Als Vergleichsmaßstab ist das Landesergebnis angegeben. Das Viertel der Landkreise mit dem niedrigsten Katholikenanteil weist über alle Jahre hinweg weit unterdurchschnittliche CDU-Anteile auf, während die Union in dem Viertel mit dem höchsten Anteil an Katholiken überdurchschnittliche Erfolge erzielen konnte. In den 25% der Kreise mit dem höchsten Katholikenanteil erreichte die CDU 1971 immerhin rund 16 Prozentpunkte mehr als in den 25% der Gemeinden mit dem niedrigsten Katholikenanteil. Zwischen 1971 und 1996 läßt sich jedoch eine Nivellierung der Unterschiede zwischen den Quartilen feststellen. Die Unterschiede zwischen dem Wahlergebnis der CDU im höchsten und niedrigsten Quartil schmelzen zwischen 1971 und 1996 auf 9 Prozentpunkte zusammen. Die durch den Faktor „Katholikenanteil“ zu erklärende Varianz zwischen den Kreisen nimmt also ab. Beide Effekte - landesweiter Rückgang des CDU-Anteils und Rückgang der Differenzen zwischen den Kreisen - sind auch beim Vergleich der Karten 3 und 4 deutlich zu erkennen.

---

<sup>14</sup> Die Quartilsgrenzen geben an, in welchem Bereich der Katholikenanteil dieser Kreise liegt. Für die Landtagswahlen zwischen 1971 und 1979 wurde der in der Volkszählung 1970 ermittelte Katholikenanteil zugrundegelegt, für die späteren Wahlen die Ergebnisse der Volkszählung 1987.

Tabelle 3: Wahlergebnisse der CDU nach Katholikenanteil

Wahljahr	Landes- ergebnis	Katholikenanteil			
		Quartil 1	Quartil 2	Quartil 3	Quartil 4
<i>Q.grenze (VZ 1970)</i>		< 34,7	34,7 - 51,3	51,3 - 69,7	> 69,7
1971	39,2	30,5	35,4	41,2	46,9
1975	43,2	36,0	39,0	44,4	50,7
1979	40,3	33,1	36,3	41,8	47,3
<i>Q.grenze (VZ 1987)</i>		< 34,9	34,9 - 48,3	51,3 - 67,2	> 67,2
1983	46,5	38,3	42,6	47,9	54,1
1987	34,2	27,7	32,3	35,7	39,0
1991	28,1	22,6	26,5	29,2	32,1
1996	26,7	21,6	25,2	27,7	30,7

Ausgewiesen ist der Anteil der CDU-Zweitstimmen an den Wahlberechtigten in den jeweiligen Quartilen, Katholikenanteil wurde auf die Bevölkerung prozentuiert.

Wie stark der Katholikenanteil in einem Kreis die Wahlergebnisse der CDU in diesem Kreis beeinflusst, läßt sich mit Hilfe linearer Regressionsrechnungen genauer bestimmen. Man sieht (vgl. Tabelle 4) zunächst, daß die Erklärungskraft (gemessen durch  $R^2$ <sup>15</sup>) des Katholikenanteils und damit der Zusammenhang zwischen beiden Größen durchgängig sehr hoch ist. 72% der Unterschiede im CDU-Wahlergebnis zwischen den einzelnen Kreisen lassen sich 1971 alleine durch den Anteil der Katholiken erklären; 1996 beträgt  $R^2$  immerhin noch 66%. Die elektoralen Chancen der CDU in einem Kreis sind also nach wie vor in starkem Maße von der konfessionellen Struktur der Kreise abhängig.

---

<sup>15</sup> Der Determinationskoeffizient  $R^2$  gibt den Anteil der Varianz der abhängigen Variablen an, der durch alle im Modell enthaltenen Variablen erklärt wird. Im Idealfall erklären die unabhängigen Variablen 100%, im schlechtesten Fall gar nichts (0%).

**Tabelle 4: Einfluß des Katholikenanteils auf die Wahlergebnisse der CDU - Lineare Regressionsmodelle**

<i>Jahr</i>	<i>R<sup>2</sup></i>	<i>Konstante (%)</i>	<i>b</i>
1971	<b>72%</b>	22,34	0,30
1975	<b>62%</b>	27,19	0,29
1979	<b>66%</b>	25,36	0,27
1983	<b>71%</b>	29,99	0,30
1987	<b>62%</b>	23,00	0,21
1991	<b>58%</b>	18,83	0,17
1996	<b>66%</b>	17,91	0,16

CDU-Anteil prozentuiert auf Wahlberechtigte, Katholikenanteil auf Bevölkerung. Fälle gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten

Sowohl der landesweite massive Stimmenverlust der CDU als auch die beschriebene Angleichung der Wahlergebnisse auf Kreisebene zeigt sich sehr deutlich an den Regressionsgleichungen für die jeweiligen Wahljahre (Tabelle 4): Der Stimmenanteil, den die CDU in einem hypothetischen Wahlkreis mit 0% Katholiken erhalten würde (Konstante), sinkt zwischen 1975 und 1996 - läßt man einmal den Sonderfall 1983 außer acht - von 27% auf knapp 18%. Die unstandardisierten Regressionskoeffizienten (b-Werte) gehen gleichzeitig um die Hälfte von 0,30 auf 0,16 zurück. Inhaltlich bedeutet dies: War eine Zunahme des Katholikenanteils von 10 Prozentpunkten gegenüber einem hypothetischen Wahlkreis ohne Katholiken 1971 noch mit einer Zunahme des CDU-Anteils von 3 Prozentpunkten verbunden, so halbierte sich dieser Wert bis 1996 auf 1,6 Prozentpunkte. Dieses Ergebnis spiegelt die zunehmende Angleichung in den einzelnen Wahlkreisen wieder.

Eine Erklärung der CDU-Ergebnisse, die sich, so überzeugend sie auch sein mag, nur auf den Einfluß des Katholikenanteils stützt, läuft jedoch Gefahr, andere möglicherweise genauso wichtige Größen außer Betracht zu lassen. So ist aufgrund der programmatischen Ausrichtung der CDU zu erwarten, daß die Partei in Rheinland-Pfalz vor allem agrarische Interessen vertritt und deshalb in eher ländlich strukturierten Kreisen besonders stark vertreten ist. Als Indikatoren für eine solche Struktur

können zum Beispiel die Bevölkerungsdichte, die durchschnittliche Haushaltsgröße<sup>16</sup>, der Anteil der Selbständigen<sup>17</sup> und der Anteil der „mithelfenden Familienangehörigen“<sup>18</sup> gelten, während der Anteil der Arbeiter und der Angestellten als Maß für Verstärkung beziehungsweise Industrialisierung und Tertiarisierung betrachtet werden.

**Tabelle 5: Zusammenhang zwischen Strukturmerkmalen der Kreise und dem CDU-Ergebnis (Pearson's r)**

<i>Jahr</i>	<i>Kath.</i>	<i>Dichte</i>	<i>Ø HHgröße</i>	<i>% Selb.</i>	<i>% Ang.</i>	<i>% Arb.</i>	<i>% Mith.</i>
1971	0,49	-0,40	0,56	0,26	-0,31	-0,09	0,38
1975	0,41	-0,40	0,57	0,29	-0,31	-0,15	0,45
1979	0,44	-0,43	0,61	0,31	-0,30	-0,09	0,45
1983	0,50	-0,40	0,51	0,27	-0,13	0,03	0,34
1987	0,49	-0,40	0,48	0,24	-0,07	0,05	0,26
1991	0,48	-0,43	0,47	0,26	-0,08	0,04	0,25
1996	0,54	-0,32	0,41	0,28	-0,01	0,05	0,23

Fälle gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten, Katholikenanteil sowie Berufsgruppen prozentuiert auf die Bevölkerung.

Tabelle 5, in der die Korrelation dieser Größen mit dem CDU-Anteil ausgewiesen ist, zeigt, daß wie erwartet neben dem Katholikenanteil bei allen Wahlen seit den siebziger Jahren der Anteil der Selbständigen, der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen und die durchschnittliche Haushaltsgröße stark positiv mit dem CDU-Ergebnis korrelieren. Der Anteil der Angestellten und die Bevölkerungsdichte dagegen stehen in einem ne-

---

<sup>16</sup> Die durchschnittliche Haushaltsgröße kann als ein zugegebenermaßen sehr kruder Indikator für traditionelle Familienstrukturen gelten.

<sup>17</sup> Hier ist im Rheinland-Pfalz der siebziger Jahre vor allem an Landwirte und Winzer zu denken, deshalb ist der Anteil der Selbständigen auf dem Land höher als in den Städten.

<sup>18</sup> Als „mithelfende Familienangehörige“ werden in der Volkszählungsstatistik jene Personen erfaßt, die im Betrieb eines ihrer Angehörigen (beispielsweise dem landwirtschaftlichen Betrieb des Ehepartners) tätig sind, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen.

gativen Zusammenhang mit dem Unionsergebnis<sup>19</sup>, während zwischen dem Arbeiteranteil und dem Abschneiden der CDU kein eindeutiger Zusammenhang besteht.<sup>20</sup>

Dieses erste Zwischenergebnis kann dahingehend interpretiert werden, daß die großen Erfolge der CDU in den siebziger Jahren tatsächlich auf ihre Verwurzelung in einem *ländlich-katholischen* Milieu zurückzuführen waren. Neben überwiegend katholisch geprägten Kreisen, erzielte die Union in Kreisen mit einer geringen Bevölkerungsdichte, großen Haushalten und einem hohen Anteil an Landwirten und Winzern, überdurchschnittliche Erfolge. Umgekehrt blieb sie in den protestantischen Gegenden und dort, wo hoher Angestelltenanteil und Bevölkerungsdichte auf Verstädterung hindeuten, hinter ihrem Landesergebnis zurück. Für den Erfolg der CDU scheint neben der Konfession also eine ländliche Struktur der Kreise von Bedeutung zu sein.

Eine Möglichkeit, die relative Bedeutung dieser Faktoren<sup>21</sup> für das Wahlergebnis der CDU zu bestimmen, bietet der Einsatz multipler linearer Regressionsmodelle.

---

<sup>19</sup> Der negative Zusammenhang mit dem Angestelltenanteil nimmt seit Ende der siebziger Jahre stark ab, vermutlich, weil sich in Rheinland-Pfalz flächendeckende Modernisierungsprozesse vollzogen haben, in deren Folge der Angestelltenanteil auch in den ländlichen Kreisen deutlich angestiegen ist.

<sup>20</sup> Aus den Ergebnissen einer Aggregatdatenanalyse darf nicht ohne weiteres auf das Verhalten von Individuen gefolgert werden (einzelnen Katholiken, mithelfenden Familienangehörigen etc.), da hier die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses im Sinne Robinsons (Robinson, William S.: *Ecological Correlations and the Behavior of Individuals*. In: *American Sociological Review* 15/1950, S. 351-357) besteht. Jedoch ist es mit Hilfe von Aggregatdaten möglich zu ermitteln, welche *Kontextfaktoren* (beispielsweise ein ländlich-katholisches Milieu) sich günstig auf das Wahlergebnis einer Partei auswirken.

<sup>21</sup> Die zusammenfassende Bezeichnung dieser Variablen zu „Faktoren“ stützt sich lediglich auf inhaltliche Überlegungen. Mittels einer Faktorenanalyse, deren Ergebnisse wir hier aus Platzgründen nicht berücksichtigen, läßt sich aber zeigen, daß die Struktur der rheinland-pfälzischen Landkreise im Jahr 1971 (Variablen: Protestanten- und Katholikenanteil, Anteil Arbeiter, Selbständige, Angestellte, mithelfende Familienangehörige sowie Bevölkerungsdichte) tatsächlich gut durch zwei orthogonale, varimaxrotierte Hauptkomponenten beschrieben werden kann, die gemeinsam rund 80% der Varianz erklären. Dabei laden Bevölkerungsdichte (mit negativem Vorzeichen), Haus-

**Tabelle 6: Multiples lineares Regressionsmodell zur Erklärung des CDU-Anteils bei Landtagswahlen 1971-1996 (Kreisebene)**

Jahr	R <sup>2</sup>	% Katholiken		Bev.dichte		% Selbständ.		Haush.größe	
		b	ß	b <sup>a)</sup>	ß	b	ß	b	ß
1971	<b>79%</b>	0,28	0,78	-0,00	-0,21	0,03	0,01	2,16	0,08
1975	<b>71%</b>	0,26	0,70	-0,00	-0,19	0,38	0,10	1,62	0,06
1979	<b>78%</b>	0,23	0,71	-0,00	-0,20	0,56	0,16	1,20	0,05
1983	<b>81%</b>	0,27	0,74	0,00	0,01	0,92	0,12	7,51	0,25
1987	<b>70%</b>	0,19	0,72	-0,00	-0,09	-0,15	-0,03	5,14	0,23
1991	<b>67%</b>	0,15	0,69	-0,00	-0,19	-0,26	-0,01	2,57	0,14
1996	<b>70%</b>	0,15	0,75	-0,00	-0,01	0,15	0,04	3,28	0,19

a)Der Betrag der b-Werte ist jeweils kleiner als 0,005

Abhängige Variable: Anteil der CDU im Landkreis (prozentuiert auf Wahlberechtigte und mit deren Anzahl gewichtet). Die Bevölkerungsdichte wurde den statistischen Jahrbüchern für die betreffenden Wahljahre entnommen, ansonsten wurde auf die Ergebnisse der Volkszählung 1970 und 1987 zurückgegriffen.

In solchen Modellen wird der Einfluß der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable (CDU-Anteil) simultan bestimmt, d.h. für die Betrachtung jeder unabhängigen Variablen werden alle anderen unabhängigen Variablen konstant gehalten.

An der Zunahme von R<sup>2</sup> kann man erkennen, um wieviel Prozentpunkte die Berücksichtigung von Bevölkerungsdichte, Selbständigenanteil und Haushaltsgröße die Erklärungskraft des ursprünglichen Modells, das als einzigen Prädiktor den Katholikenanteil enthielt (vgl. Tabelle 4), erhöht haben. Der R<sup>2</sup>-Zuwachs schwankt zwischen 4 Prozentpunkten (1996) und 12 Prozentpunkten (1979). Die Wahlergebnisse der CDU lassen sich also durch die zusätzliche Betrachtung von Bevölkerungsdichte, Selbständigenanteil und Haushaltsgröße besser erklären als durch alleinige Betrachtung des Katholikenanteils.

---

haltsgröße, Selbständigen- und Mithelfendenanteil sowie der Anteil der Angestellten (mit negativem Vorzeichen) auf den ersten Faktor, Katholikenanteil, Protestantenanteil (mit negativem Vorzeichen) und der Anteil der Arbeiter (ebenfalls mit negativem Vorzeichen, der Arbeiteranteil korreliert zu immerhin 0,37 mit dem Protestantenanteil) auf den zweiten Faktor. Bei den folgenden Analysen haben wir aber auf die Verwendung der entsprechenden Faktorwerte verzichtet, um Interpretationsschwierigkeiten zu vermeiden.

Vergleicht man innerhalb für die verschiedenen Wahljahre die standardisierten  $\beta$ -Koeffizienten (vgl. Tabelle 6), so zeigt sich, daß zu allen Zeitpunkten keine der drei zusätzlichen Variablen auch nur annähernd die Bedeutung des Katholikenanteils erreicht. Seine  $\beta$ -Werte liegen für alle Wahljahre deutlich über denen der anderen unabhängigen Variablen.<sup>22</sup> Dies bedeutet nichts anderes, als daß der Stimmenanteil der CDU in einem rheinland-pfälzischen Landkreis für die siebziger Jahre sehr gut über den Anteil der Katholiken an der Bevölkerung dieses Kreises geschätzt werden kann, weshalb wir uns im weiteren Verlauf der Analyse auf diesen Prädiktor stützen werden.

An den unstandardisierten Regressionskoeffizienten  $b$  kann abgelesen werden, wie sich die Einflußstärke der verschiedenen Kontextfaktoren im Zeitverlauf ändern. Auch im multivariaten Modell nimmt der Einfluß des Katholikenanteils auf die Wahlergebnisse der CDU von 0,28 bei der Wahl 1971 auf 0,15 im Jahr 1996 ab. Anders ausgedrückt: *Der CDU-Anteil steigt zwar immer noch mit zunehmendem Katholikenanteil, jedoch nur noch knapp halb so stark.*

Der bloße Rückgang der CDU-Ergebnisse ließe sich durch einen parallelen Rückgang des Katholikenanteils erklären. Zwischen 1970 und 1987<sup>23</sup> ist die konfessionelle Struktur des Landes je-

---

<sup>22</sup> Mit der Bevölkerungsdichte, der Haushaltsgröße und dem Anteil der Selbständigen wurden solche Variablen in die Regressionsgleichung aufgenommen, die stark positiv mit dem CDU-Ergebnis korrelieren. Auf die Verwendung des Anteils der mithelfenden Familienangehörigen (der seinerseits stark positiv mit dem Anteil der Selbständigen korreliert) und aller übrigen Variablen wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit und um das Auftreten übermäßiger Multikollinearitäten zu verhindern verzichtet.

<sup>23</sup> Leider stehen uns keine aktuelleren Zahlen zur Konfessionsverteilung zur Verfügung, was jedoch unproblematisch ist, weil die schweren Verluste der CDU in die Jahre 1987 und 1991 fallen, also zeitlich relativ nahe bei der Volkszählung 1987 verortet sind. Zudem deuten die Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsumfragen (zum Beispiel des ALLBUS 1994 (54,3% Katholiken gegenüber 54,5% in der Volkszählung 1987) nicht auf eine dramatische Veränderung der rheinland-pfälzischen Konfessionsstruktur hin.

doch weitgehend erhalten geblieben<sup>24</sup>: Der Katholikenanteil ist 1987 kaum geringer als bei der vorangegangenen Volkszählung, und auch die regionale Verteilung der Konfessionen ist im wesentlichen dieselbe geblieben, wie aus den Karten 1 und 2 ersichtlich ist. Selbst wenn jedoch der Katholikenanteil gesunken wäre, könnte dies nicht den Rückgang des Regressionskoeffizienten über die Zeit erklären, da bei konstantem Wahlverhalten der Katholiken unabhängig von Abgängen und regionaler Migration die Steigung der Regressionsgeraden ebenfalls konstant geblieben wäre.

Deshalb bietet sich eine andere Erklärung an: Bei gleichbleibendem Anteil der Katholiken an der Bevölkerung geht die milieubildende Kraft der katholischen Konfession und damit ihr Einfluß auf das Wahlverhalten immer stärker zurück.<sup>25</sup> Die Wähler bleiben Mitglieder der katholischen Kirche, die verhaltensleitende Kraft dieser Mitgliedschaft geht jedoch bei vielen verloren - sie werden, zumindest, was das Wahlverhalten angeht, zu „Taufscheinchristen“. Ein solcher Ansatz der auf der Ebene des Individuums operiert, läßt sich durch Aggregatdaten nicht im eigentlichen Sinne überprüfen, hat jedoch vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse einige empirische Evidenz für sich.

---

<sup>24</sup> Dagegen hat sich die Berufsstruktur in Richtung des tertiären Sektors verschoben, was als ein Indikator für Modernisierung gelten kann.

<sup>25</sup> Der Wandel von Einstellungen und Normen auf der individuellen Ebene wird hier natürlich nicht untersucht. Implizit gehen wir hier davon aus, daß sich auf der individuellen Ebene ein Wertewandel vollzogen hat, der sich noch nicht in einem Wandel der Konfessionsstruktur niedergeschlagen hat.

**Tabelle 7: Zusammenhänge zwischen der Veränderung von CDU-Anteilen und dem Katholikenanteil**

Jahr	`75-`71	`79-`75	`83-`79	`87-`83	`91-`87	`96-`91
Pearsons $r$	-0,12	-0,06	0,36	<b>-0,75</b>	<b>-0,53</b>	<b>-0,15</b>
$\Delta$ CDU	3,79	-3,01	6,10	<b>-12,24</b>	<b>-6,17</b>	<b>-1,39</b>

Fälle gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten des jeweils ersten angegebenen Jahres. Bei den ersten beiden Zeitpunkten wurde mit dem Katholikenanteil der VZ 1970 korreliert, bei den restlichen Zeitpunkten mit dem Katholikenanteil der VZ 1987.  $\Delta$  CDU: Differenz des Stimmenanteils der CDU in Prozentpunkten, prozentuiert auf Wahlberechtigte.

Ein Wechsel der Betrachtungsweise verdeutlicht den Befund noch einmal: Korreliert man, wie in Tabelle 7 geschehen, nicht den CDU-Stimmenanteil sondern dessen Veränderung (also Gewinne und Verluste) zwischen zwei Wahlen mit dem Katholikenanteil, so zeigt sich zunächst, daß es den Christdemokraten 1983 vor dem Hintergrund der Bundestagswahl noch einmal gelang, in den katholischen Wahlkreisen zuzulegen.

In eben diesen Gebieten jedoch mußte sie indessen 1987 die schwersten Verluste hinnehmen: Zwischen der Höhe des Katholikenanteil und den CDU-Differenzen besteht 1987 ein starker negativer Zusammenhang von  $-0,75$ , d.h. mehr als 50% der Varianz in den CDU-Verlusten werden allein durch den Katholikenanteil erklärt.<sup>26</sup> 1991 fand ein weiteres Abschmelzen der CDU-Hochburgen statt, wenn auch nicht mehr im Umfang von 1987. Bei der jüngsten Wahl variieren die Verluste der CDU hingegen nicht mehr systematisch mit dem Katholikenanteil.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß zwischen den katholisch geprägten Kreisen im Nordwesten und den gemischtkonfessionellen beziehungsweise protestantischen Landesteilen mithin

---

<sup>26</sup> In einem multivariaten Modell, das wir hier aus Platzgründen nicht präsentieren, wurden außer dem Katholikenanteil auch die übrigen Variablen (durchschnittliche Haushaltsgröße, Anteil der Selbständigen, Bevölkerungsdichte), die sich als erklärungskräftig für das Wahlergebnis der CDU erwiesen haben, eingeführt. Dabei zeigte sich erwartungsgemäß, daß diese Größen bei simultaner Betrachtung nur einen geringen (durchgängig negativen!) Einfluß auf die Entwicklung der CDU-Anteile haben. Auf eine Diskussion dieser Effekte verzichten wir deshalb.

in den 80er Jahren eine Angleichung der Wahlergebnisse der Christdemokraten stattgefunden hat, die um so dramatischer ausgefallen ist, je höher das Ausgangsniveau der CDU war. Die CDU hat seit Ende der achtziger Jahre also nicht nur eine kontinuierliche landesweite Verschlechterung ihrer Wahlergebnisse hinnehmen müssen, sondern hat in ihren klassischen, vom Katholizismus geprägten Hochburgen besonders schwere Niederlagen erlitten, die sich überzeugend durch eine zumindest partielle Auflösung der katholischen Milieus und eine daraus resultierende Abnahme des Einflusses der Konfessionszugehörigkeit auf das Wahlverhalten erklären lassen. Für die dadurch geringer gewordenen Schwankungen der CDU-Anteile zwischen den Kreisen stellt der Katholikenanteil allerdings weiterhin einen zentralen Prädiktor dar.

#### IV. Diskussion und Ausblick

Die von uns auf Wahlkreisebene nachgewiesene Entkoppelung zwischen dem Anteil der Katholiken und der Wahlentscheidung zugunsten der Union hat sich mit einer Deutlichkeit vollzogen, die es naheliegend erscheinen läßt, daß sich in größeren Segmenten der Bevölkerung tatsächlich sozialstrukturell vermittelte Bindungen auf individueller Ebene gelockert beziehungsweise aufgelöst haben, zumindest, was die Wahlentscheidungen auf Landesebene betrifft. Parallel zu diesem Ablösungsprozeß ist der Anteil der Nichtwähler in Rheinland-Pfalz auf rund 30% gestiegen. Eine kausale Interpretation dieses Befundes liegt auf der Hand, kann aber durch die Analyse von Aggregatdaten nicht abgesichert werden. Für die Entwicklung der politischen Landschaft in Rheinland-Pfalz ist es in jedem Fall entscheidend, ob es der Union oder einer anderen Partei gelingt, dieses Potential auszuschöpfen - sei es durch eine (aus unserer Perspektive unwahrscheinliche) Reaktivierung der alten Bindungen, sei es durch überzeugende programmatische Angebote und/oder durch die Aufstellung zugkräftiger Kandidaten.